

# Reichstag und Wirtschaft

Berlin, 20. März

In der gestrigen Sitzung des Reichstages legte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

die Grundzüge der jetzigen Wirtschaftspolitik dar. Zunächst behandelte er die Fragen des Außenhandels. Der Gesamtumsatz Deutschlands im Jahre 1928 betrug sich in Einfuhr und Ausfuhr auf 21,2 Milliarden Mark, das sind 50 Prozent mehr gegenüber 1924. Unsere Handelsbilanz ist aber immer noch passiv. Wenn in den Monaten Januar und Februar 1929 die Handelsbilanz aktiv geworden ist, so beruht das in erster Linie auf dem starken Rückgang der Einfuhr; und erst in zweiter Linie auf einer geringen Steigerung der Ausfuhr. Unsere Lebensmittelausfuhr bedeutet eine ungeheure Belastung. Sie zwingt uns, auch mit Rücksicht auf den Devisenplan, die Ausfuhr zu steigern. Weitender Gedanke bei unseren Handelsvertragsverhandlungen war der Grundgedanke der Weltbegünstigung. Dieser ist aber kein Dogma, sondern ein Mittel der Handelspolitik, das nicht in allen Fällen angewendet werden muß. Das Gesamtproblem der europäischen Handelspolitik kann nur überstaatlich gelöst werden. Die Regierung hält das Zustandekommen einer internationalen Verständigung über die Eisenwirtschaft für erwünscht, wir müssen aber alle uns zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um den inneren Markt vor einer wirtschaftlich nicht trostbaren Ausnutzung durch die eisenerzeugende Industrie zu schützen. Unser mit England getroffenes Abkommen erlaubt es nicht, daß die Engländer Zölle einführen, die unserem Handel abträglich sind. Es ist zu hoffen, daß der Generalagent für die Reparationen seinen ganzen moralischen und politischen Einfluß aufwendet, damit die deutsche Ausfuhr bereitwilliger als bisher aufgenommen werde, denn das sei eine der wesentlichen Voraussetzungen des Devisenplanes überhaupt. Der Minister erörterte dann die Fragen der Binnenwirtschaft und wies zunächst auf die Ausfallgarantie beim Export nach Rußland und auf den 200-Millionen-Kredit für den Baumarzt hin. Falls der englische Kohlenbergbau über den 1. Mai hinaus aus staatlichen Mitteln unterstützt wird, wird auch der deutsche Steinhohlenbergbau aus staatlichen Mitteln unterstützt werden müssen. Ueber den Notstandsaktionen darf freilich die Sorge für die wirtschaftliche Gesundung der Gesamtwirtschaft nicht vergessen werden. Der Reichsmittelstand wird erst allmählich gehoben werden können, doch konnte die im Jahre 1924 festgesetzte Kontingentierung bereits Ende 1925 aufgehoben werden. Auch auf eine Verbilligung der Kredite wird hingearbeitet werden. Die Banken haben ihre Zinssätze bereits herabgesetzt und haben eine weitere Ermäßigung der Provisionsätze in Aussicht gestellt. Bei der Preislenkungsaktion würde von beherrschenden Preisfestsetzungen abgesehen werden; überlebte und wirtschaftlich schädliche Bindungen sind aber mitnichten gelockert und aus dem Wege geräumt worden. Die beste Hilfe für die Rationalisierung der Wirtschaft kann der Staat leisten. In dem er mit Hilfe der Verwaltungsreform seine eigene Rationalisierung vorantreibt.

Abg. Simon-Trankon (Soz.) bezeichnete die bisherige Wirtschaftspolitik als für die Wirtschaft geradezu verwerflich. Eine Erhöhung der Zölle sei nicht notwendig gewesen. Der deutsche Export nach Frankreich, der vor dem Kriege rund 1200 Millionen betragen habe, sei um rund 1 Milliarde zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit sei zum großen Teil auf die Restriktionen in der Handelspolitik zurückzuführen. Auch die Politik der Banken habe die Erwerbslosigkeit stark vermehrt. Die Produktion werde durch die hochbezahlten Stellen verübert. In 10 schiffischen Gesellschaften waren 1913 20 Direktoren und 50 Aufsichtsratsmitglieder, 1926 dagegen 30 Direktoren und 874 Aufsichtsratsmitglieder vorhanden. Nicht Abbau der Löhne sei notwendig, sondern Abbau des inneren Verwaltungsrates in Banken und Industrie.

Abg. v. Stauffenberg (Dnat.) protestierte gegen den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Vereinigung des Reichsernährungsministeriums mit dem Reichswirtschaftsministerium. Es sei bedauerlich, daß die Regierung der Wirtschaftspolitik resigniert zusehe. Es komme in erster Linie alles auf den inneren Markt, auf die Steigerung der Kaufkraft des eigenen Volkes an. Notwendig sei vor allen Dingen eine energische Abklopfung der Einfuhr überflüssiger Waren aus dem Ausland.

Abg. Meyer (Dem.) empfahl den alten Grundriss „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ als Leitprinzip für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft. Der Staat sollte die Gesamtwirtschaft fördern, nicht einzelnen Wirtschaftszweigen Liebesgaben geben. Notwendig sei ein scharfes Vorgehen gegen die Preisbildung der Kartelle. Die Kartelle und die Monopolstellungen der Handlungsgesellschaften seien die Wurzel des Übels.

Abg. Dr. Bessauer (Zent.) bezeichnete als erstes Erfordernis die Stärkung des inneren Marktes durch Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung. Es sei falsch, die Wirtschaftskrise als eine Kredit- und Kapitalkrise zu bezeichnen. Mit Kredit allein sei die Krise nicht zu beheben. Wichtiges nicht mit Hilfsmitteln für einzelne Wirtschaftszweige. Vor allen Dingen müsse die schwere Lage der Landwirtschaft Berücksichtigung finden, da die Landwirtschaft die Grundlage der gesamten Volkswirtschaft bildet. Eine Hebung ist nur möglich durch ein verständnisvolles Zusammenwirken aller Kräfte der Volkswirtschaft. Deutschland muß an den Verhandlungen der übrigen Mächte zur Lösung der großen Wirtschaftsprobleme teilhaben und nicht gegen Deutschland erfolgen.

Abg. Koenen (Kom.) wies auf den Sozialisierungsplan seiner Partei hin und machte den Sozialdemokraten den Vorwurf, daß sie das Streben nach Sozialisierung längst aufgegeben hätten. — Abg. Hennig (Wäkt.) forderte für die Landwirtschaft Kredite zu mäßigen Zinsen. — Abg. v. Kaumer (DVP.) sprach sich für die Zusammenlegung des Reichsernährungsministeriums mit dem Reichswirtschaftsministerium aus. — Die Beratung wurde um 7.30 Uhr abends abgebrochen und soll heute fortgesetzt werden.

In den nächsten Tagen beginnen wir mit dem Abdruck unseres neuen Romans

## „Der Tod kehrt im Hotel ein“

von Sven Eivestad. Der Autor, dessen Romane in allen europäischen Ländern gelesen werden, gilt heute als einer der besten Vertreter des guten Kriminalromans. Das ausgezeichnete Werk, das wir unsern Lesern in den nächsten Tagen bieten können, wird unsere Leser nicht nur durch die spannende Handlung und die große Kunst der Charakterisierung fesseln, sondern auch durch seine ethische Einstellung. Der Roman schildert eine Reihe geheimnisvoller Ereignisse, die sich in einem internationalen Kurhotel abspielen und schließlich dadurch ihre Klärung finden, daß vor Jahren begangenes Unrecht aufgedeckt und gesühnt wird.

sie einen Deutschen niedermachen. Auf dem flachen Lande wurden Drahtseile gespannt, um den deutschen Autovekehr unmöglich zu machen. Ganze Straßenzüge wurden abgesperrt. Zahlreiche Wahllokale waren von Bojowachtern bis zu 100 Mann umlagert, so daß die Deutschen vielfach überhaupt nicht ins Wahllokal gelangen konnten. In der Nacht vom 19. zum 20. März wurden in fast allen Orten des Kreises Pfähle Komden gemornt, um die deutsche Bevölkerung einzuschüchtern. Deutsche Wahlautomobile wurden vielfach stark beschossen, wobei es Tote und Verwundete gab. Drohbriefe wurden massenweise versandt.

Und doch kam es zu der großen polnischen Enttäuschung dadurch, daß die Deutschen einen überraschenden Sieg erreichten. In 688 Gemeinden erlangten die Deutschen eine Majorität und in 597 Ortschaften die Polen. Die Orte mit polnischen Mehrheiten waren aber nur solche mit einer geringen Einwohnerzahl, während die Gemeinden mit deutscher Mehrheit fast durchweg größere Plätze waren, so daß Deutschland rund eine Viertelmillion Stimmen mehr erhielt als Polen. Als der unerwartete 20. März 1921 nach Wochen schwerster Leiden des Deutschlandstums vorüber war, da konnte man erwarten, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleiben würde. Dann aber setzte der weitere Volksbetrug ein, der unter der französischen Leitung die Trennung des damals wirtschaftlich plägend bestehenden Landes brachte, die Balkanisierung Osterschlesiens und die wirtschaftliche Verwilderung des von Deutschland abgetrennten Gebietes, während sich das bei Deutschland verbliebene Gebiet schnell von den ausgestandenen Leiden erholen konnte. Der 20. März verdient auch dann noch gesehrt zu werden, wenn einst unter dem Zwange aller einschlägigen Verhältnisse eine Revision der deutschen Ostgrenze erzielt sein wird.

## Ein Aufruf für Oberschlesien

Oppeln, 17. März. Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Oberschlesien! Die bevorstehende fünfte Wiederkehr des Abstimmungsstages drängt die ober-schlesische Bevölkerung dazu, in den nächsten Tagen der Volksabstimmung ganz besonders zu gedenken. Da die aus dem Abstimmungsstages als selbstverständlich gegebene Folge des ungeteilten Verbleibens von ganz Oberschlesien bei Deutschland uns doch nicht zugestanden worden ist, wird über jeder Abstimmungsleiter ein Trauerschatten liegen. Angesichts der Jerrissenheit, von der Oberschlesien durch dieses Sondergeschick in vieler Beziehung heimgegriffen worden ist, wird die Erinnerung an die gemeinsame Not auch eine Mahnung, ein Ansporn sein zur Überwindung der verschiedenen Gegensätze. Wir wollen uns stets als würdige Angehörige des großen deutschen und preussischen Reichs, und Kulturvolkes zeigen. Halten wir in diesem Geiste treu zusammen zum Wiederaufbau, zum Neuaufbau zum Schutz unserer Heimat!“

## Rameks Berliner Reise

Wien, 20. März.

Das Programm für den offiziellen Staatsbesuch des österreichischen Bundeskanzlers in Berlin ist nunmehr in allen Einzelheiten festgelegt worden. Die Abreise Dr. Rameks erfolgt am Freitag, den 26. März. Sein Aufenthalt in Berlin wird vier Tage dauern. Die sachlichen Beratungen werden sich in der Hauptsache auf Handels- und wirtschaftspolitische Fragen beziehen. Bundeskanzler Ramek wird während seines Berliner Aufenthaltes in dem Hause der österreichischen Gesandtschaft Wohnung nehmen. Die Abreise Rameks aus Berlin soll am 30. März erfolgen. Der Bundeskanzler wird auf der Rückreise über Prag fahren, dort einige Stunden Aufenthalt nehmen und den künftigen Besuch des österreichischen Außenministers Dr. Benesch formell erwidern.

## Der neue englische Botschafter für Berlin

London, 20. März. „Daily Mail“ berichtet, daß der britische Botschafter in Konstantinopel, Sir Ronald Lindsay gestern vom König in Audienz empfangen worden sei. Seine Ernennung zum Botschafter in Berlin bedarf nur noch der formellen Regelung.

## Sächsische Zentrumspartei

Auf die Tagungen dieser Woche wird nochmals hingewiesen:

Freitag in Pirna am Sonntag, den 21. März, nachmittags 1/4 Uhr, im Fremdenhof „Schwarzer Adler“

Generalversammlung der Ortsgruppe Dresden am Freitag, den 26. März, abends 8 Uhr, in den Vereinsräumen des Hauptbahnhofes (Eingang durch den Wartesaal 3. Kl.).

Jugendtagung der Sächsischen Wandhorstbunde in Dresden: Sonnabend, den 27. März, abends 8 Uhr, Begrüßungsabend im Stadtwaldschützen; Sonntag, den 28. März, abends 1/8 Uhr, Kundgebung im Speisesaal des Bahnhofs Dresden-Neustadt. (Referate von Dr. Krohne, R. d. R., Berlin, und Dr. Baum, Dresden.) — Die Delegierten der Sächsischen Wandhorstbunde halten am 27. März, nachm. 5 Uhr, im Stadtwaldschützen und am 28. März, vorm. 9 Uhr, im Neustädter Bahnhof Vertretertagung ab.

Sächsischer Landesparteitag in Dresden am Sonntag, den 28. März, mittags 12 Uhr, im Speisesaal des Bahnhofs Dresden-Neustadt. Vorher vorm. 11 Uhr Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses im Herrenzimmer des Bahnhofs Dresden-Neustadt.

## Kompromiß und Volksbegehren

Berlin, 20. März.

Der Rechtsausschuß des Reichstages trat gestern in die Generaldebatte über den neuen Kompromißantrag der Regierungsparteien zur Frage der Fürstenabfindung ein.

Abg. Dr. Everling (Dnat.) griff das Kompromiß, das er ein „Kompromiß zwischen Recht und Raub“ nannte, auf das heftigste an. Die Vorlage sei in den wichtigsten Punkten unannehmbar, in den „Richtlinien“ indiskutabel. Unter der Fülle des Volksbegehrens habe man sich auf das Niveau des Volksbegehrens, auf glatte Entzignung treiben lassen. Es sei hohe Zeit, daß die Kompromißparteien sich auf die Grundlagen des Rechtsstaates besinnen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) wies darauf hin, daß das Volksbegehren noch einmal so viel Stimmen erhalten habe, als erforderlich gewesen seien. Bei den Fürsten handle es sich nur um Scheingehälter, das den richtigen Beurteilung der Länder zustehe. Seine Partei hoffe, daß der Reichstag der Volksstimmung Rechnung tragen und das dem Volksbegehren entsprechende Gesetz annehmen werde. Nach diesem Gesetz soll das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstenthümer, ihrer Familienangehörigen zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet werden. Werde dieses Gesetz nicht angenommen, so werde man schrittweise die notwendigen 20 Millionen Stimmen aufbringen.

Als der Redner am Schluß seiner Ausführungen den Wunsch von Bismarck wegen seiner bekannten Kundgebung gegen das Volksbegehren auf das Schwerkste angriff, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung mit den Zentrumsmittgliedern des Ausschusses. Diese wiesen energisch darauf hin, daß dem Bischof ebenso wie jedem anderen Staatsbürger und insbesondere in gleichem Maße wie den Vertreter der Gegenpartei das Recht der freien Meinungsäußerung zustehe.

Abg. Kurbauer (Komm.) nannte den Kompromißantrag einen Versuch, auf die schlimmsten Schandflecke des Fürstenhandels ein Pfäferchen zu legen. Die Stärke des Volksbegehrens beweise, daß die Fürstenparteien eine Zwangslage gegenüberstehen, die sich nicht mehr in der „Kälte“ lösen läßt. Eine solche Lage schon jetzt die ehemaligen deutschen Fürsten ständen vor den Augen des Volkes und auch ihrer bisherigen Anhänger gebrauchbar mit dem Wafel, daß sie in einer Zeit tiefsten Elends an das Volk die ungeheuerlichsten Forderungen gestellt haben.

## Die Beschlüsse der Arbeitszeit-Konferenz

London, 20. März.

Das Arbeitsministerium veröffentlicht die Beschlüsse der internationalen Arbeitszeitkonferenz über die Auslegung der Washingtoner Konvention über die 48-Stundenwoche auf alle industriellen Unternehmungen beziehen, ausgenommen diejenigen, in denen nur Mitglieder derselben Familie arbeiten. Der Post-, Telegraphen- und Telephondienst soll den Bestimmungen des Abkommens nicht unterliegen. Zu Art. 2 wurde beschlossen, daß die Arbeitsstunden die Zeit umfassen, während welcher die Beschäftigten zur Verfügung des Arbeitgebers stehen. Die Höchstgrenze der Ueberstundenzahl soll nach Art. 8b durch die nationale Gesetzgebung bestimmt werden. Die in Art. 8 vorgesehene Mindestzufuhr von 25 Prozent ist obligatorisch. Die 48 Arbeitsstunden in jeder Woche auf fünf Tage zu verteilen oder in zwei Wochen auf elf, ist statthaft. Die Eisenbahnbetriebe unterliegen dem Abkommen. Jede Regierung ist nach Art. 14 verpflichtet, diesen zur Durchführung des Abkommens in ihre Gesetzgebung aufzunehmen. Ferner ist unter Vorbehalt Großbritanniens vereinbart worden, daß die Bestimmungen des Artikels 14, die die Außerachtlassung der 48-Stundenwoche regelt, nur im Falle einer Krise anzuwenden ist, die die Existenz des ganzen Volkes bedroht.

## Tagesneuigkeiten

### Der Genfer Justizpalast abgebrannt

Brüssel, 20. März. Eine gewaltige Feuersbrunst hat in Genf den Justizpalast eingeäschert. Das Archiv mit zahlreichen gerichtlichen Dokumenten ist mitverbrannt. Der Brand stellt sich als katastrophales Ereignis dar. Der Genfer Justizpalast war ein architektonisches Prachtgebäude. Es gehörte zu den schönsten neueren Bauwerken Belgiens überhaupt. Der Justizpalast ist 1844 von Moelard erbaut worden und ist von einem Säulengang korinthischer Ordnung umgeben.

† Coolidge's Vater gestorben. Der Vater des Präsidenten Coolidge ist, 81-jährig, in Plainmouth (Vermont) gestorben. Präsident Coolidge, der von Staatsgeschäften sehr in Anspruch genommen war, ritt auf die Nachricht von der Verfallmierung im Befinden seines Vaters in einem Sonderzug nach Vermont, traf jedoch seinen Vater nicht mehr lebend an.

† Dem Wanderredner Louis Hücher, der auch in Leipzig wiederholt Vorträge gehalten, die zu Störungen der öffentlichen Ordnung Anlaß gegeben haben, ist vom Polizeipräsidenten das weitere öffentliche Auftreten in Leipzig verboten worden.

† Venos bleibt Europa-Meister im Mittelgewicht. In dem Boxkampf um die Europa-Meisterschaft im Mittelgewicht siegte der Belgier Venos über Domgargen-Röll nach Punkten.

† Die Verlängerung der Volkshilfe. In Berlin besteht angeblich Aussicht auf Verlängerung der Volkshilfe. Im preussischen Innenministerium befinden sich gegenwärtig keine Bedenken gegen eine Verlängerung um einige Stunden.

Explosionsunfall. Bei Verladung von Munitionskörnern ereignete sich gestern nachmittags im Munitionslager von Zehlendorf ein schweres Explosionsunglück. Auf bisher noch nicht völlig aufgeklärte Weise geriet ein Munitionskörper vorzeitig zur Entzündung. Zwei Personen wurden schwer und zwei andere leichter verletzt.

Großfeuer in Tokio. „Times“ berichtet aus Tokio, daß gestern um 3 Uhr früh ein Feuer in Sugano, einer Vorstadt von Tokio, ausbrach, das innerhalb von drei Stunden 800 Häuser zerstörte und 4000 Personen obdachlos machte.

### Berliner Vorbürle

Berlin, 20. März. Der heutige vorbereitende Prevertikerte feste in sehr fester Haltung ein. Das Geschäft wickelte sich in engen Grenzen ab. Der Rentenmarkt blieb ziemlich vernachlässigt. Interesse bestand für Schmelz- und Elektrowerte. Die flüssige Lage des Geldmarktes scheint noch weiter zunehmen zu wollen. Der offizielle Satz für Tagesgeld stellt sich auf 5-1/2 Prozent. Am Devisenmarkt neigen die Franken-Waluten zur Schwäche.

### Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsansichten: Wenig geänderte Temperaturen. Wechselnd bewölkt. Zeitweilig — besonders im Gebirge und in Ostschlesien — Neigung zu Niederschlägen. Schwache bis mäßige Winde aus nördlicher Richtung. Allgemeiner Witterungscharakter der nächsten Tage: Noch keine durchgreifende Witterungsänderung.

## Kommunionsgeschenke

Handtaschen - Beuteltaschen  
Brieftaschen

Arikel für den Schulanfang

T. ALBERT & BAUTZEN

Fernsprecher 1078

Lauengraben Nr. 10